

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Staatliche Beihilfen
Rue de la Loi/Wetstraat 200
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË
Ergeht per E-Mail an stateaidgreffe@ec.europa.eu



Wien am 7. April 2014

**Betreff: Aufforderung zur Stellungnahme nach Art. 108 Abs. 2 AEUV:
STAATLICHE BEIHILFE — VEREINIGTES KÖNIGREICH
Staatliche Beihilfe SA.34947 (2013/C) (ex 2013/N) — Investitionsvertrag (Vorform des
„Contract for Difference“) für das neue Kernkraftwerk Hinkley Point C**

**Stellungnahme des Umweltdachverbandes und seiner Mitgliedsorganisation Umwelt
Management Austria**

Der österreichische Umweltdachverband (UWD) und Umwelt Management Austria bedanken sich für die Möglichkeit im Rahmen des Artikels 108 Abs. 2 AEUV zu den geplanten staatlichen Beihilfen für den Bau des Kernkraftwerks Hinkley Point C Stellung nehmen zu können. Der Umweltdachverband möchte zu dem vorgesehen Investitionsvertrag für das Kernkraftwerk Hinkley Point C die folgenden Kritikpunkte herausstreichen:

- **Elektrizität aus Kernkraftwerken ist nicht CO₂-neutral**

Mit sinkendem Uran-Erzgehalt erhöhen sich die CO₂-Emissionen der Kernenergie. Ab einem Gehalt von ca. 0,01% wird die Energiebilanz negativ, die CO₂-Emissionen steigen bis auf 210 g CO₂/kWh. Je nach Betrachtungsweise findet sich in der Literatur ein Spektrum zwischen 3 bis 230 g CO₂/kWh. Für erneuerbare Energieträger werden Werte von 3 bis 60 g CO₂/kWh angegeben. Für Kohle inklusive CCS ist z.B. 255 bis 442 g CO₂/kWh zu finden. In Deutschland liegen THG-Emissionen für Erdgas-BHKW fast gleichauf mit Kernkraftwerken (KKW). Experten gehen davon aus, dass die THG-Emissionen bis 2020 um 30% bis 40% und bis 2050 um 80% bis 95% reduziert werden müssen, um den globalen Temperaturanstieg über 2°C noch zu verhindern. Das Zeitfenster, innerhalb dessen die letztgenannte Entwicklung noch verhindert werden kann, bemisst sich in Jahren, vielleicht noch in einem Jahrzehnt. Schon aufgrund der langen Vorlaufzeiten für Planung und Bau von KKW's scheidet diese Technologie für die kurz- und mittelfristige notwendige Reduktion der THG-Emissionen aus (KROMP ET AL. 2013).

- **Kernbrennstoffe sind keine erneuerbaren Energieträger und auch nicht zur Steigerung der Versorgungssicherheit geeignet.**

Die für den Betrieb von Kernkraftwerken notwendigen Erze sind nicht erneuerbar. Unter den aktuellen Rahmenbedingungen ist auch ein positiver Einfluss auf die Versorgungssicherheit nicht zu erwarten, da auf Grund der mangelnden Wirtschaftlichkeit mit Uranengpässe zu rechnen ist. Eine neue Erschließung von Uranlagerstätten in Europa nicht zu erwarten, da es an der Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit scheitert. Daher ist, je nach wirtschaftlicher Entwicklung, schon um das Jahr 2020 mit Versorgungsengpässen zu rechnen. Europa bleibt bei Uran importabhängig. Je nach wirtschaftlichen Rahmenbedingungen können bestehende Reaktoren vermutlich noch 10 bis 20 Jahre versorgt werden, bei sehr günstigen Annahmen 40 Jahre (KROMP ET AL. 2013).

- **Kernenergie eignet sich nicht zur Integration in ein auf erneuerbare Energien basierendes Energiesystem**

Für die Energiewende werden der Ausbau der erneuerbaren Energien, Energiespeicher und schnellreagierende Spitzenkraftwerke zum Ausgleich von Schwankungen bei Bedarf und Bereitstellung benötigt. Kernkraftwerke können nicht rasch reagieren, stellen keine erneuerbaren Energien da und sind nicht zur Speicherung von Energien geeignet. Damit ist Kernenergie für den notwendigen Umbau unseres Energiesystems nicht geeignet (KROMP ET AL. 2013).

- **Kernenergie ist nicht sauber und die Frage der sicheren Endlagerung ist ungeklärt**

Der Abbau erfolgt überwiegend im Tagebau oder in Untertage-Bergwerken und ist mit einem großen Volumen an Abraum verbunden. Meistens enthält dieser Zerfallsprodukte von Uran, wie Radium (radioaktiv) oder Blei (hochgiftig). Aus den Halden entweicht ständig Radon, das Lungenkrebs verursachen kann. Nach der Zerkleinerung des Erzes erfolgt die chemische Auslaugung. Beim Lösungsbergbau erfolgt diese bereits innerhalb der Uranmine. Zum Einsatz kann eine alkalische Karbonatlösung oder Schwefelsäure kommen. Diese Lösungsflüssigkeit enthält große Mengen an Schadstoffen wie Cadmium, Arsen, Nickel und Uran und stellt eine Gefahr für den Grundwasserleiter dar. Im tschechischen Straz pod Ralskem hat sich die kontaminierte Flüssigkeit horizontal und vertikal über die Lösungszone hinaus ausgebreitet. Kontaminationen der lokalen Wasserversorgung um Uranminen und Verarbeitungsanlagen sind für Brasilien, die USA, Australien, Namibia und anderen Staaten dokumentiert.

Der Abfallschlamm enthält radioaktive Zerfallsprodukte des Urans, wie Radium und Thorium. Außerdem sind Reste von Uran, Schwermetallen wie Arsen sowie Reste der Chemikalien aus der Uranextraktion enthalten.

Die Versprechungen dass Endlager, wie z.B. Salzbergwerke Sicherheit bieten könnten halten nicht. Das Endlager Asse II in Deutschland beweist das Gegenteil. Der Wassereintritt in die Salzstollen gefährdet sowohl die Schächte als auch den gelagerten Müll (KROMP ET AL. 2013).

- **Kernenergie ist eine Hochrisiko-Technologie**

Die Unfälle in den Kernkraftwerken in Tschernobyl und Fukushima beweisen, dass die Auswirkungen schwerster Unfälle nicht auf das Kraftwerksgelände begrenzt bleiben. Gefährdet und bei schweren Unfällen auf Jahrzehnte verseucht sind sowohl die nähere als auch weitere Umgebung des KKW's. Die europäischen Stresstests zeigten, dass alle der 145 Reaktoren in den EU-Ländern Sicherheitslücken aufweisen. Selbst mit Nachrüstmaßnahmen können schwere Unfälle der Reaktor-Generation II nicht verhindert werden. Von der Generation III sind erst 7 Reaktoren in Betrieb. Ein Nachweis der behaupteten Sicherheit steht aus (KROMP ET AL. 2013).

- **Kernenergie ist nicht förderwürdig – Abnahmevertrag wäre massive umweltschädliche Subvention**

Die Kernenergie wird seit den 50er Jahren kommerziell zur Elektrizitätserzeugung eingesetzt und war in diesem Zeitraum anhaltend auf massive staatliche Förderungen angewiesen, wie zuletzt auch wiederholt in Studien nachgewiesen (FÖS 2010) wurde. Angesichts der mangelnden positiven Umwelteffekte und ungelösten Entsorgungsfragen ist die Errichtung eines Kernkraftwerks nicht förderwürdig und würde eine massive umweltschädliche Subvention darstellen. Diese würde bei dem vorgesehenen Abnahmevertrag über 35 Jahren bei einem Preis von 11,15 Cent/kWh mit Inflationsabgleich (Indexierung) über 2,9 Mrd. Euro pro Jahr betragen. Eine staatliche Unterstützung der Atomenergie in diesem Ausmaß bedeutet, dass den europäischen BürgerInnen weiterhin alle Risiken dieser Technologien übertragen werden und zudem durch die dadurch maßgebliche Marktverzerrung der Ausbau der erneuerbaren Energien wesentlich verteuert wird.

- **Fossile Energien sind nicht förderwürdig**

Begünstigungen oder finanzielle Unterstützungen für die Gewinnung und Exploration von unkonventionellen Kohlenwasserstoffen in Großbritannien sind aus Sicht des Umweldachverbandes im gleichen Maße als umweltschädliche Subventionen zu identifizieren. Aufgrund der mit diesen fossilen Hochrisiko-Technologien und verbundenen Risiken für Grundwasser und Ökosysteme und dem unzureichenden Klimaschutzeffekt ist jegliche Form der staatlichen Beihilfe für unkonventionelle Kohlenwasserstoffe abzulehnen.

Quellen:

Kromp et al. (2013): Evaluation einer Hypothetischen „NUKlearen Renaissance“ (EHNUR). Das Projekt EHNUR wurde aus Mitteln des Klima- und Energiefonds gefördert und im Rahmen des Programms „Neue Energien 2020“ durchgeführt. Die Projektpartner sind: Universität für Bodenkultur Wien, Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften; Ludwig Bölkow Systemtechnik GmbH; Technische Universität Darmstadt (IANUS); The University of Greenwich; Umwelt Management Austria und Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik. Das Argumentarium Kernenergie – Behauptungen und Tatsachen wurde aufbauend auf den Projektergebnissen von EHNUR und eigenen Recherchen erstellt <http://www.risk.boku.ac.at/EHNUR/>

Forum ökologisch-soziale Marktwirtschaft – FÖS (2010): Staatliche Förderungen der Atomenergie im Zeitraum 1950 – 2010, Studie im Auftrag von Greenpeace http://www.foes.de/pdf/2010_FOES_Foerderungen_Atomenergie_1950-2010.pdf